

Sächsischer Landtag.

Dresden, 26. November.

Die heutige Sitzung, die wieder von dem Vizepräsidenten Dr. Egarde (Dn.) geleitet wird, beginnt mit einer Veratung der Eingabe des Deutschen Braunkohlen-Industrievereins über

die Lage des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus.

Abg. Lippe (C. Wp.) erstattet den Bericht des Haushaltsausschusses B und beantragt, die Wünsche der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie auf eine günstigere Tarifierung bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft unter Wahrung der berechtigten Interessen des sächsischen Steinbrüderbaus nachdrücklich zu unterstützen.

Ohne Aussprache wird dem Ausschusshandlung einstimmig zugestimmt.

Abg. Glombitsch (Komm.) begründet die Anträge seiner Fraktion vom 24. und 25. August dieses Jahres zu den Forderungen der

Textilarbeiter und den Bauarbeiterstreit. In dem ersten Antrag war verlangt worden, das sächsische Arbeitsministerium zu beauftragen, sofort beim Reichsministerium dahin zu wirken, daß die Forderungen der Textilarbeiter bewilligt werden und die geplante Aussperrung unterbleibt. Der Redner bezeichnet die damaligen Forderungen der Textilarbeiter als durchaus berechtigt und nennt die inzwischen erfolgte Festlegung des Tarifs bis zum Dezember eine Unheuerlichkeit. Während die Steigerung der Lebenshaltungskosten 80 Prozent betrage, seien nur 10 Prozent Lohnsteigerung bewilligt worden.

In dem zweiten Antrag war gefordert worden, die Regierung zu beauftragen, sofort vermittelnd in den (unterdessen beigelegten) Bauarbeiterstreit einzutreten, dergestalt, daß die gerechtfestigten Forderungen der Bauarbeiter bewilligt würden. Auch die Lohnsteigerungen der Bauarbeiter nennt der Redner ungünstig. Er beantragt, die zurzeit in Sachsen tätigen Schlichter die früheren Gewerkschaftsangestellten Haack, Brandt und Panoscha zu entfernen und durch neue zu ersetzen. Die Vorschläge zur Neubesetzung der drei Schlichter sollen von den Gewerkschaften und Betriebsräten gemeinsam gemacht werden.

Abg. Berg (Dn.) weist darauf hin, daß die Anträge längst überholt seien und bezeichnet es als einen Unsinn, sie heute noch zu begründen.

Das Haus beschließt die Überweisung der Anträge an den Haushaltsausschuss B.

Die Notlage der Landwirtschaft kommt in Anträgen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei zum Ausdruck.

Abg. Donath (D. Wp.) stellt den Antrag, die Regierung zu ersuchen, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, um die der sächsischen Landwirtschaft, namentlich in höheren Gebirgslagen, durch Unwetter während der Erntemonate entstandenen Schäden festzustellen; ferner Vorkehrungen zu treffen, um durch staatliche Unterstützung die Beschaffung von Saatgut und Düngemitteln u. a. dort zu fördern, wo Märschachs und ungeborgene Ernte eine intensive Bewirtschaftung gefährden, endlich auf steuerlicher Seite Erleichterungen zu ermöglichen für die durch Unwetter schwer geschädigten landwirtschaftlichen Unternehmungen.

Abg. Troll (Dn.) begründet einen ähnlichen Antrag seiner Fraktion. Im einzelnen beantragte er, die Regierung zu ersuchen,

1. für die durch die Witterungskatastrophe 1925 Geschädigten die aus Anlaß der vorjährigen Märschachs gewährten Saatgut- und Düngemittelfriede bis Ende 1928 so zu verlängern, daß die Rückzahlung in drei gleichen Monaten, beginnend Ende 1926, erfolgt und bis zur Be-

endigung des Wirtschaftsjahres 1925/26 Binsen nicht erhoben werden;

2. für die durch die Witterungskatastrophe 1925 Geschädigten Saatgut- und Düngemittelfriede und außerdem Kredite zur Beschaffung von Guttermitteln in gleicher Weise wie im Vorjahr bereitzustellen;

3. für die durch die Witterungskatastrophe 1925 Geschädigten die auf Grund der Witterungsschäden 1924 zunächst bis 15. November 1925 gestundeten Steuern zu erlassen und anderweitig steuerliche Erleichterungen bis zum vollen Erlös zu gewähren;

4. Gewerbe- und Jagdsteuer für die Landwirtschaft mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Abg. Rennert (Komm.) macht in einem Antrag seiner Partei eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Feststellung der Notlage der "vorläufigen" Landwirte und zur Beseitigung dieser Notlage.

Wirtschaftsminister Müller legt dar, daß durch die schönen Reden nicht geholfen werden kann. Es sei eine vorbereitende Arbeit im Ausschuß notwendig. Da in den Anträgen der Volkspartei und der Deutschnationalen vorgeschlagenen Wege halte er für unmöglich; es würde ein individuelles Vorgehen erforderlich sein. Es seien bereits Kredite zur Verfügung gestellt und steuerliche Erleichterungen gewährt worden. Wenn die angekündigte Erhebung erfolgt sei, würden alle in Betracht kommenden Fälle geprüft werden können. Er hoffe, daß das erforderliche Material bis zum Beginn der Ausschusshandlung vorliege.

Abg. Wehrmann (Dem.) äußert, daß die Dinge im Ausschuß objektiv geprüft werden. Wo Not wirklich vorhanden sei, müsse im Interesse der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und der Volksnahrung geholfen werden. Wenn allerdings jedes Jahr gesetzt werde, daß die Katastrophe vor der Tür stehe, müsse die Oeffentlichkeit abstumpfen.

Die Anträge gehen an den Haushaltsausschuss B. Die nächsten drei Punkte der Tagesordnung, die gemeinsam behandelt werden, befassten sich mit dem Ausstand in Muldenhütten und Halsbrücke.

Abg. Gabel (Komm.) führt aus, in Muldenhütten und Halsbrücke seien die Arbeiter der staatlichen Betriebe in den Ausstand getreten, weil die Direktion den neu abgeschlossenen Tarif der chemischen Arbeiter als für die staatlichen Betriebe nicht bindend erklärt habe. Die Direktion der staatlichen Werke habe den Schritt der Arbeiter mit Aussperrung und größeren Entlassungen beantwortet und willfährige Arbeiter und die Angestellten der Werke als Streikbrecher herangezogen. Der Redner beantragt, die Regierung zu beauftragen, die für die Arbeiter der staatlichen Werke Muldenhütten und Halsbrücke durch Tarifvertrag festgelegten Lohnverbesserungen zu bewilligen und die entlassenen Arbeiter sofort wieder einzustellen. Die den Arbeitern wegen Streik, Aussperrung und Entlassung entgangenen Löhne sollten voll vergütet werden.

Zu demselben Gegenstand liegt eine Anfrage der Deutschnationalen vor, die vom Abg. Berg begründet wird.

Abg. Tempel (Soz.) glaubt nicht, daß der Finanzminister Dr. Reinhold mit den Vorkommnissen in Muldenhütten und Halsbrücke einverstanden sei. Es liegen Übergriffe und Misshandlungen der Direktion vor. Der Redner gibt aber zu, daß die staatlichen Betriebe nicht auf Rosen gebettet seien. Das Siege an dem alten Regime, wo nichts getan worden sei, um die Betriebe wirtschaftlicher zu gestalten. Es sei aber unverantwortlich, den Arbeitern zumuten zu wollen, für noch niedrigeren Lohn zu arbeiten als in der Privatindustrie. Um einen wilden Streik habe es sich nicht gehandelt.

Die Unterzeichnung des Locarnovertrages.

Berlin, 27. Nov. Die "Tägliche Rundschau" meldet: Die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages wird, wie jetzt feststeht, nicht durch die Botschafter, sondern durch die Delegierten erfolgen. Die deutschen Delegierten in Locarno Reichsanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann werden sich mit den Staatssekretären v. Schubert und Kempner und Ministerialdirektor Gauß nach London begeben und die Unterschrift vollziehen. Für den Aufenthalt in London sind zwei bis drei Tage in Aussicht genommen.

Nom. 28. Nov. Die Blätter melden, daß der Vertrag von Locarno in London wahrscheinlich durch den dortigen Botschafter Italiens unterzeichnet werden wird.

Annahme der Locarnoverträge

durch den polnischen Landtag.

Warschau, 26. Nov. Der auswärtige Ausschuss des polnischen Landtages hat heute die Verträge von Locarno angenommen. Gegen die Verträge sprach der Vertreter der christlich-nationalen Partei und der Sprecher der radikalen Bauernpartei. Ministerpräsident Graf Skrzynski betonte, daß eine Ablehnung des Verfassungswerkes von Locarno für Polen die Isolierung und damit den Tod bedeute, eine Annahme hingegen eine fünf- bis zehnjährige Friedensperiode, während der es an seinem Aufbau arbeiten könne.

Auch Herriot lehnt ab.

Paris, 26. Nov. Herriot hat die Bildung des neuen Kabinetts abgelehnt. Die Sozialisten haben nach bewegten Beratungen, die den ganzen Vormittag ausfüllten, den Eintritt in das von Herriot geplante Kabinett abgelehnt. Dieser Beschluß wurde in der Mittagsstunde einstimmig vom Parteivorstand gefasst, nachdem die sozialistischen Vertrauensmänner wiederhol-

wichtige Entscheidung über den Staat von 1926 wäre. Major Schilling wird vorläufig weiter die Räume der Intendantur noch die der Staatsoper bereiten. Die vorläufige Leitung der Staatsoper verbleibe übernommen Generalmusikdirektor Müller und Schauspielrat Winter. Als eventueller Nachfolger Schillings wird von den Blättern der Intendant des Städtischen Theaters Paul Becker genannt.

Unterzeichnung der deutsch-niederländischen Handelsverträge.

Berlin 26. Nov. Bei den in Berlin geführten Wirtschaftsverhandlungen haben die deutsche und die niederländische Regierung zwei Verträge vereinbart, die im wesentlichen die nachstehenden Bestimmungen enthalten. Die deutsche Regierung sichert der niederländischen Warenfuhr die meistbegünstigte Behandlung zu, die auf Grund des deutsch-niederländischen Handels- und Schiffsvertrages bisher nur die deutsche Warenfuhr in den Niederlanden in vollem Maße genoss. Ferner wurde eine Regelung über die Einfuhr von niederländischer Steinkohle nach Deutschland getroffen. Auch wurde die Aussprache von entsetzten Knöchen aus Deutschland freigegeben, während für die Ausfuhr von nicht entsetzten Knöchen ebenfalls eine Erleichterung vorgesehen wurde. Außerdem wurden für die nachfolgenden wichtigen niederländischen Ausfuhrartikel die deutschen Zollsätze ermäßigt: Kartoffeln, Küchengewürze, Pfirsiche, Blumenzwiebeln, Tafeltrauben, Kirschen und Grapes, Schleie, Auster, Edamer- und Goudakäse, ungebäckte und gebräckte fette Fleiße, eingedickte Milch, Blei- und Zinkweiß. Die Zollermäßigungen treten durch Stundung einer Woche nach Unterzeichnung des Vertrags in Wirksamkeit. Ferner hat die Deutsche Regierung die Erklärung abgegeben, daß die hinsichtlich der deutschen Eisenbahntarife bestehende Verschiedenheit zwischen den niederländischen Häfen und den Häfen dritter Staaten zu einem nicht zu fernern Zeitpunkt beseitigt werden. Die niederländische Regierung hat sich ihrerseits bereit erklärt, den Deutschland bisher bis Ende 1929 gewährten Kredit von 140 Millionen Goldmark um sieben Jahre zu verlängern sowie den Befreiung vom des Geldmarktes anzupassen und ihn schon vom 1. Januar 1927 ab auf 5½ Prozent festzusetzen.

Die beiden Verträge sind heute von dem Vorsitzenden der deutschen Delegation, Wirk. Legationsrat Dr. Warthausen und dem Vorsitzenden der niederländischen Delegation, Ministerialdirektor Dr. Nederbragt unterzeichnet worden.

Eine Rede des amerikanischen Botschafters Schurmann.

Zur Feier des Dankagungstages veranstaltete die amerikanische Kolonie in Berlin am Donnerstag abend im Hotel Esplanade ein Bankett, bei dem der amerikanische Botschafter in Berlin, Jacob Gould Schurman, folgende Rede hielt:

"Wir feiern heute unseren Dankagungstag. Wenn man auch fragt, wofür wir in unserem Herzen am dankbarsten sein sollten, so möchte ich antworten, daß es die ständig wachsende Stimmung zugunsten des Friedens und der Verhinderung des Krieges unter den Nationen ist. Der Geist des Friedens schweift über der alten Welt, welche ein Krieg schon bald zerstört hat und die ein anderer ins völlige Verderben reisen könnte. Nebenall in der Welt wächst die Neuerzeugung, daß alter Streit und Hader nun endlich vergessen, die tote Vergangenheit begraben und ein neuer Versuch unternommen werden muß, die Beziehungen der Völker auf die Grundlage der Verständigung und Versöhnung zu stellen. Die Politik der Gewalt, die immer zum Kriege führt, stellt eine Art der Sibilation dar, die Europa nicht länger ertragen kann. Und Europa sehnt sich nach dem Geist, den Goethe schon vor hundert Jahren als das Vorrecht und den Ruhm Amerikas bezeichnete:

Amerika, du hast es besser
Als unser Kontinent, der alte,
Hast keine verfallenen Schlösser
Und keine Vasallen,
Dich stört nicht im Innern
Zu lebendiger Zeit
Unruhes Grinnern
Und vergeblicher Streit.

Aber wenn die Nationalen alte Leiden vergessen und in Zukunft Konflikte vermeiden sollen, so muß man die zum Kriege anreizenden Ursachen aus der Welt schaffen. Wie Kant schon vor mehr als hundert Jahren erkannte, stellt der Wettbewerb der Nationen auf dem Gebiete der Rüstungen die größte Gefahr für den Frieden dar. Und ich siehe nicht an, es heute auszusprechen, daß diese Rüstungen mehr als alles andere die Verwirrung des Friedens gefährden, den alle fortwährenden Völker ersehnen und erhoffen. Der neue Geist des Friedens kann von der Welt nicht bestis ergreifen, so lange die Welt in Waffen starrt. Abrüstung, oder wenigstens die Einschränkung der Rüstungen, ist der nächste Schritt in der Verfriedung der Welt und der Aussöhnung der Nationen. Die Haltung Amerikas zu dieser Frage ist in der Washingtoner Abrüstungskonferenz vom Jahre 1921 klar zutage getreten.

Der Personalabbau bei der Reichsbahn.

Der Personalbestand der Reichsbahn-Gesellschaft ist bereits von 1.009.000 um 297.000 Köpfe vermindert und hat für das aufständige Personal den Friedenslohnstand von 693.000 Beamten und Arbeitern erreicht. Trotzdem will die Reichsbahn noch weiter stark abbauen. Sie kommt dadurch in Konflikt mit dem Reichstag, dessen Ausschuß zur Prüfung der Rechtsverhältnisse bei der Reichsbahn einstimmig beschlossen hat, daß ein weiterer Personalabbau unterbleiben möge.

Ein Abkommen zwischen Spanien und Mexiko.

Mexico, 26. November. Der mexikanische Außenminister und der spanische Gesandte haben ein Abkommen unterzeichnet, daß eine Regelung der Ansprüche Spaniens an Mexiko darstellt.